

26. SEP. 2013

441/13

DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Landtagsklubs FRITZ – Bürgerforum Tirol**

vertreten durch die Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Dr. Andreas Brugger

betreffend:

**Schulplätze für alle Kinder mit Behinderung:
Ausreichend gut ausgebildete SchulassistentInnen für Kinder mit Behinderung zur Verfügung
stellen und Finanzierung langfristig sichern**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1) **ausreichend SchulassistentInnen für Kinder mit Behinderung und deren Eltern zur Verfügung zu stellen, damit diese eine echte Wahlfreiheit bei der Schulwahl haben.**
- 2) **für die dafür notwendigen SchulassistentInnen genügend finanzielle Mittel bereitzustellen.**
- 3) **eine gesetzliche Neuregelung der „Schulassistentenz“ samt Aufgabenbereich und Ausbildungserfordernisse zu beschließen.**
- 4) **umgehend ein Konzept für die einheitliche Ausbildung der SchulassistentInnen zu erstellen.“**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport** sowie dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zugewiesen werden.

BEGRÜNDUNG:

Die eigentliche Aufgabe von Schulassistenten ist es, Kinder in der Regelschule, also der Volksschule, Hauptschule und Neuen Mittelschule, zu begleiten und zu betreuen. Für diese Schultypen ist das

Land Tirol zuständig und verantwortlich. Mit Hilfe der Schullassistenten sollen Kinder mit Behinderung die Regelschule besuchen können und nicht die Sonderschule besuchen müssen. Es geht hier um eine tatsächliche Wahlfreiheit bei der Schulwahl für die Tiroler Eltern und Kinder. Bei fehlender oder stark eingeschränkter Schullassistenten bleibt nur der Weg in die Sonderschule. Das ist dann zwar eine Wahlfreiheit am Papier, aber keine Wahlfreiheit in der Praxis. Wer sich dazu bekennt, dass Kinder mit Behinderung die Regelschule besuchen können, muss sich auch vorbehaltlos zu einer stärker ausgebauten Schullassistenten bekennen. Auch wenn das Mehrkosten bedeutet.

Es braucht in Tirol eine gesetzliche Neuregelung dieses Bereiches bzw. eine erstmalige gesetzliche Definition des Begriffes und Aufgabenbereiches der Schullassistenten. Schwierig ist auch die politische Zuordnung, da die Schullassistenten inhaltlich und budgetmäßig in den Sozialbereich fällt, pädagogisch jedoch in den Bildungsbereich.

Gesetzlich zu regeln wäre auch die Ausbildung der SchullassistentInnen. Es braucht eine einheitliche Ausbildung für die SchullassistentInnen, andere Bundesländer wie Oberösterreich haben diese. Experten teilen uns mit, dass es bereits Überlegungen und Gespräche in Tirol über diese Ausbildung gegeben hat, diese jedoch im Sand verlaufen sind. Die aktuelle Diskussion zeigt deutlich, dass Schullassistenten eine verantwortungsvolle Aufgabe ist, bei der es auch einer einheitlichen Ausbildung bedarf und die auch entsprechend finanziell abgegolten wird.

Wie aus einer Anfragebeantwortung der Landesrätin Christine Baur vom August 2013 hervorgeht, gibt das Land Tirol rund eine Million Euro pro Jahr für die Schullassistenten aus. Dennoch muss klar sein, dass es nicht um die Förderung einer Schule geht, sondern um die Förderung jedes einzelnen Kindes und jeder einzelnen Tiroler Familie mit gehandicapten Kindern. Es darf nicht sein, dass ein Kind, das etwa im Rollstuhl sitzt und sehr intelligent ist, keine Möglichkeit hat, in eine AHS zu gehen, nur weil es etwa Unterstützung bei den Wegen im Schulhaus oder beim Toilettenbesuch braucht. Hier die Verantwortung auf den Bund zu schieben ist falsch, denn die Förderung bekommt nicht die Schule, sondern das Kind!

Die Deckelung mit 23 Stunden pro Woche mag für die Volksschule ausreichend sein, aber für Hauptschule und Neue Mittelschule ist sie zu wenig. Schulische Zusatzangebote, wie beispielsweise eine Wien-Woche, sind mit 23 Wochenstunden nicht zu schaffen. Natürlich hat jedes Kind auch einen individuellen Bedarf.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Ausstieg des MOHI aus dem Bereich Schullassistenten, sowie aus den bevorstehenden Budgetverhandlungen.

Innsbruck, am 26. September 2013


